



Patricia Lips
Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

DEUTSCHER BUNDESTAG

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 – 227 77916
Fax 030 – 227 76916
Email: patricia.lips@bundestag.de
Homepage: www.patricia-lips.de

13.12.2022

Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

EU-Gipfel muss in der Krise Signal für Stärkung der Wirtschaft setzen

Brauchen kluge Antwort der EU auf das US-Gesetz zur Reduzierung der Inflation

Beim EU-Gipfel am kommenden Donnerstag gehören die Lage der Wirtschaft in Europa und der Umgang mit dem Inflation Reduction Act der USA zu den wichtigen Themen. Hierzu erklärt die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Patricia Lips:

„Angesichts der für die Wirtschaft bedrohlichen Energiekrise muss vom EU-Gipfel das klare Signal ausgehen, dass Europa den Unternehmen den Rücken stärkt. Dazu gehört ein konsequenter Abbau von Bürokratie und Belastungen. Ein ‚Weiter so‘ bei der Regulierung kann und darf es nicht geben. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene Zeitwende erfordert ein grundlegendes Umsteuern. Die Unionsfraktion erwartet deshalb von Olaf Scholz, dass er sich beim Europäischen Rat mit Nachdruck für eine substanzielle Entlastung von Unternehmen einsetzt. Dass die Bundesregierung dieser Verantwortung bislang nicht gerecht wird, zeigt unter anderem ihre Zustimmung zur EU-Lieferkettenrichtlinie im Rat. Vielen Unternehmen – vor allem im Mittelstand –



Patricia Lips

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Seite 2 von 2

droht mit dieser Richtlinie ein Verwaltungsaufwand, der deutlich über das nationale Lieferkettengesetz hinausgeht.

Der EU-Gipfel muss darüber hinaus eine kluge Antwort auf das US-Gesetz zur Reduzierung der Inflation geben, das Hilfen in dreistelliger Milliardenhöhe in den amerikanischen Markt pumpt. Auch hier muss die Devise für die EU lauten: Entlastung! Anreize für mehr Investitionen in Europa sollten durch gezielte Umschichtung von Geldern und die Nutzung bereits vorhandener EU-Finanzmittel geschaffen werden – keinesfalls durch Aufnahme neuer EU-Schulden, wie sie Teile der Ampel befürworten.“